

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 147/2008
25.04.2008**

Wildschweinfleisch und Pilze weiter stark radioaktiv belastet

Reinhold Pix: Schwarzkittel sind anklagende Bioindikatoren noch 22 Jahre nach Tschernobyl

„Im Feinschmeckerland Baden-Württemberg mit den Tourismushochburgen des Schwarzwaldes sowie in Oberschwaben ist das Fleisch von Wildschweinen weiterhin massiv radioaktiv belastet“, so der verbraucherpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Reinhold Pix. Das Ministerium Ländlicher Raum hat auf eine Anfrage von Pix die Untersuchungsergebnisse seit 2005 zur Verfügung gestellt. „Über 20 Prozent aller untersuchten Wildschweine waren mit mehr als den zulässigen 600 Becquerel pro Kilogramm (Bq/kg) belastet. Sie mussten daher in den Tierkörperbeseitigungsanlagen vernichtet werden. In Kreisen wie Biberach, Breisgau-Hochschwarzwald, Calw, Freudenstadt und Waldshut lag der Anteil teilweise bei über 40 Prozent - das ist 22 Jahre nach Tschernobyl ein alarmierendes Zeichen“, so Pix. Sorge bereitet Pix die Tatsache, dass bei der radioaktiven Belastung des Wildschweinfleisches kein Abwärtstrend erkennbar ist: „Waren es 2005 - 2007 in den Kreisen mit Nachweis von Belastungen über 600 Becquerel jeweils zwischen 23 Prozent und 25 Prozent der Wildschweine, die aufgrund ihrer radioaktiven Verseuchung entsorgt werden mussten, liegt diese Quote für das Jahr 2008 bis März bei 42 Prozent (46 der 110 untersuchten Wildschweine) oberhalb des erlaubten Grenzwertes“, so Pix. „Es gibt daher keine Entwarnung für die Verbraucher.“

„Obwohl die Landesregierung erkennen muss, dass die Situation über zwei Jahrzehnte nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl immer noch dramatisch ist, will sie an der Dinosaurier-Technologie der Atomkraftwerke festhalten und setzt sich für Laufzeitverlängerungen ein. Das ist schlicht anachronistisch“, moniert Pix.

Als „besonders peinlich“ bezeichnet Pix die Antwort der Landesregierung auf seine Frage nach einer Aussage des ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Dieser hatte 1986 geäußert: „Die Weichen für Alternativen zur Kernkraft müssen heute gestellt werden und nicht erst im Jahr 2000. Jetzt muss erforscht und entwickelt werden, was später in Serie genutzt werden soll. Die Zukunft gehört nicht der Kernkraft, weil kein Mensch mit so großen Risiken leben will, wenn es risikoärmere, gefahrlosere Arten der Energieerzeugung gibt.“ Die Landesregierung verweigert eine Antwort auf die Frage des grünen Parlamentariers, wie sie diese Aussage beurteile.

„Es ist offensichtlich, dass die CDU sich um diese Antwort drückt, da sie die notwendigen Lehren aus Tschernobyl auch nach 22 Jahren nicht gezogen hat und daher nicht in der Lage ist, sich offen und ehrlich mit früheren Aussagen ihrer eigenen Ministerpräsidenten auseinander zu setzen“, kritisiert Pix das Ausweichen der Landesregierung.

Info:

Antrag, Stellungnahme der Landesregierung und Ergebnistabellen der Untersuchungen können bei der Pressestelle angefordert werden.